



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Fürstenbesuch in Baden und die preußische Politik. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

in seinen Willen. Das Gebot der Wahrhaftigkeit ist auf den Verkehr mit den Glaubensgenossen beschränkt, andere zu belügen ist gestattet. Das Gebot, mit Andersgläubigen sich nicht einzulassen, wird häufig gebrochen, und es geschieht sogar, daß die Drusen, wenn sie unter Moslemin sind, in die Moscheen gehen und alle Gebräuche mitmachen. Im Herzen aber hassen sie alle Befenner eines andern Glaubens, und vor allem die Christen, da unter ihnen die Sage geht, die Franken würden dereinst ihr Gemeinwesen umstürzen. Dieses letztere ist eine Art Adelherrschaft. Die größern Grundbesitzer kommen zu Dejr El Kamr, dem Hauptort des Landes in der Eigenschaft von Landständen zusammen, beschließen Geseze, bestimmen die Abgaben u. s. w. Die Drusen können gegen 15,000 Bewaffnete ins Feld stellen. Sie gelten für tapfer und bei der Natur des Landes gelang ihnen bis jetzt die Erhaltung der meisten ihrer alten Freiheiten, mit denen sie sich ein Verhältniß zu der Pforte bewahrten, welches Aehnlichkeit mit dem der Montenegriner zu dem Sultan hat. Ihre Sprache ist die arabische. Nur wenige unter ihnen können lesen und schreiben, und so lassen sie sich Geschäfte, zu denen es der Feder bedarf, in der Regel von Maroniten besorgen. Als Hauptfehler werden ihnen Treulosigkeit und Nachsicht nachgesagt. Dagegen rühmt man ihnen auch mancherlei Tugenden nach. Ihr Muth verschaffte ihnen in den Kämpfen mit den Maroniten, wo die Zahlen gleich waren, fast ohne Ausnahme den Sieg. Sie sind mäßig, reinlich und sehr fleißig im Anbau ihrer Aecker und ihrer Oliven- und Nebengärten, sowie bei der Pflege ihrer Maulbeerplantagen. Weniger wird ihnen die Tugend der Keuschheit nachgesagt. Doch sind sie besser als ihre Nachbarn, die Rosairier, bei denen der altphryische Astartedienst mit seiner Prostitution zur Ehre Gottes noch fast ganz wie vor dritthalbtausend Jahren im Schwange ist.

Der Fürstenbesuch in Baden und die preussische Politik.

2.

Die Ansprache, welche der Prinzregent von Preußen am 18. Juni im Schlosse zu Baden an die versammelten Souveräne hielt, ist deshalb von besonderem Interesse, weil sie, durch den erlauchten Herrn selbst ohne Beirath seiner Minister verfaßt, einen ziemlich genauen Einblick in das gestattet, was man wol die persönliche

Politik des Regenten von Preußen nennen darf. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist eine vollständige Publication des Wortlauts noch nicht erfolgt, wie sehr dieselbe wegen der verschiedenen Auslegungen zu wünschen wäre, welche durch die Gegner einzelnen Sätzen derselben gegeben worden sind. Auch hier wird nur der Inhalt kurz angezogen, ohne vorgefaßte Meinung und ohne die Absicht einer tendenziösen Auslegung. Er ist klar und einfach und lehrt was die deutsche Einheitspartei von dem gegenwärtigen Preußen zu erwarten hat, was nicht; ferner was die Regierungen der Mittelstaaten besorgen mögen, was nicht; endlich wie der Herrscher von Preußen die Stellung seines Staates zu den deutschen Territorien und dem Auslande auffaßt. Zu diesem Zweck wird die Rede Satz für Satz kurz zusammengefaßt:

Dank den anwesenden deutschen Fürsten, wobei die beiden Herren von Bayern und Württemberg, welche ursprünglich allein durch Preußen eingeladen waren, von den übrigen unterschieden werden.

Kaiser Napoleon hat die Zusammenkunft gesucht; der ausgesprochne Grund seines Wunsches war, dadurch vor Europa seine Friedensliebe zu beweisen und die Aufregung der Gemüther in Deutschland zu beschwichtigen. Er hat seine friedlichen Versicherungen Allen übereinstimmend wiederholt und vorgetragen. Wir haben ihm freimüthig und offen auch unsere Ansicht ausgesprochen. Ich habe in diese Zusammenkunft nicht gewilligt, ohne die Vorbedingung zu machen, daß die Integrität Deutschlands in keiner Weise in Frage gestellt werden dürfe.

Denn die erste Aufgabe der europäischen Politik Preußens ist, den Territorialbestand sowol des Gesamtvaterlandes als der einzelnen Landesherren gegen das Ausland*) zu schützen.

In dieser Aufgabe wird mich auch der Umstand nicht beirren, daß die Entwicklung der innern Politik, die ich für Preußen als unerläßlich erkannt habe, so wie meine Auffassung mehrerer Fragen der innern deutschen Politik von den Auffassungen einiger meiner hohen Bundesgenossen abweichen möge.

In Deutschland bemühe ich mich, die Kräfte des Volkes zu gedeihlicher Wirksamkeit zusammenzufassen; an meiner Loyalität dabei kann kein Zweifel sein; das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, soll nicht erschüttert werden; die Reform des Bundes soll nur unter gewissenhafter Wahrung der Interessen Aller erstrebt werden; ich halte den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet zu einer Bundesreform, aber ich halte fest an den bereits anderweitig den deutschen Regierungen bezeichneten Punkten. (Diese Punkte sind: 1) Bundeskriegsverfassung, 2) Küstenbefestigung, 3) Rückkehr zur Verfassung von 1831 für Kurhessen, 4) Vertretung der Rechte Schleswig-Holsteins gegenüber Dänemark.)

Ich hoffe, daß alle deutschen Regierungen, sich allmählig meiner innern wie meiner deutschen Politik anpassen werden.

*) Diese Worte stehen nicht im Text, wol aber der Ausdruck Aufgabe der „europäischen Politik“ Preußens, welche durch die ganze Rede neben die „innere“ und „deutsche“ Politik Preußens gestellt wird. Daß der Sinn dieses Satzes nicht der ist, Preußen werde jeden Landesherrn unter allen Umständen, etwa seinem eigenen Volk gegenüber bei der Regierung erhalten, bedarf keiner Widerlegung.

Ich hoffe auch auf eine Verständigung zwischen Preußen und Oestreich. Sollte dieselbe Fortschritte machen, so werde ich davon Ihren Cabineten Mittheilung zukommen lassen.

Möge die Einigkeit der deutschen Fürsten gegen das Ausland auf den nationalen Sinn gute Wirkung ausüben. Unserm Wirth, dem Großherzog von Baden, sage ich Dank, welchem Sie sich gewiß gern anschließen.

So faßt der Prinzregent von Preußen die Aufgabe seines Staates gegen das Ausland, gegen das deutsche Volk und gegen die Preußen auf, oder um die Ausdrucksweise der Rede zu gebrauchen, seine europäische, deutsche und innere Politik.

Die ausdrückliche, in dieser Rede nicht zum ersten Mal betonte Versicherung des Prinzregenten, daß er sein „liberales“ Ministerium festhalten werde, war, wie die Zeitungen melden, durch vorhergegangene Besprechungen der vier Könige veranlaßt, Besprechungen, in denen die Rede gewesen sein soll, den Prinzregenten um Anstellung conservativer Minister zu ersuchen, weil das liberale Princip den übrigen Regierungen Gefahr drohe. Man ließ diesen Punkt fallen, vielleicht in der Erwägung, daß der Prinzregent grade jetzt, wo er gegen Rußland und Frankreich den Bestand der deutschen Dynastien vertreten hatte, möglicherweise für angemessener halten könne, seinerseits die Entfernung der bisherigen Minister in den Mittelstaaten zu verlangen. —

Wir freuen uns, daß der Herrscher von Preußen auch bei dieser Gelegenheit sein Ministerium vertreten hat. In der That, wer Preußen ein wenig kennt, kann nicht zweifelhaft sein, daß ein Ministerium Manteuffel oder eine Herrschaft der Kreuzzeitung jetzt auf irgend welche Dauer unmöglich ist. Nicht nur wegen einem entschiedenen Mangel an regierungsfähigen Persönlichkeiten — denn die Talentlosigkeit dieser Richtung ist sehr viel größer, als bei den Liberalen — sondern noch mehr deswegen, weil das preussische Volk jetzt ein reagirendes Ministerium nicht vertragen würde. Noch zu frisch ist die Erinnerung an die elenden Jahre der Herren von Manteuffel und Westphalen, grade jetzt erhebt sich wenn auch noch unsicher und schwankend, ein kräftiges politisches Leben im Volke. Wenn die Einwirkung der Nationen auf die Regierung wie Flut und Ebbe nach gewissen Gesetzen steigt und fällt, so ist jetzt unverkennbar eine Periode steigender Volkskraft, der Beginn einer neuen Erhebung gekommen. Solches Anschwellen läßt sich nicht unterdrücken, jeder Damm den man ihm entgegenbauen wollte, würde überflutet werden. Zuviel Uebles und Unfähiges ist durch die letzten zehn Jahre in Preußen gethan und geduldet worden, unaufhörlich nagt die Erbitterung über diese Jahre in den Seelen, sehr viel Verdorbenes ist zu bessern, viele Hemmnisse gesunder Entwicklung beengen noch jetzt und müssen fort geschafft werden. Es ist erschütterlich, daß auf eine Reihe von Jahren die Fortschrittspartei in Preußen die größere Berechtigung zur Regierung hat, als die Conservativen, und diese Berechtigung wird dort sehr lebhaft empfunden, selbst von einzelnen Conservativen.

In der innern Entwicklung ist Preußen nicht nach allen Richtungen den übrigen deutschen Staaten voraus, ja ihm drohte die Gefahr, in mehreren wichtigen Punkten zurückzubleiben. Das Kammerleben dort ist noch neu, das Zusammenwirken von Volk und Regierung zu einer neuen Organisation des Staats geschieht noch unbehilflich, die Zahl der Führer, welche mit großem Geiste und Talent die Forderungen des Volks vertreten, ist nicht groß, auch dem Königshaus der Hohenzollern ist noch

neu, ein persönliches Wollen gekreuzt und gehemmt zu sehen durch die Stimmungen der Nation, wie sie sich in der Presse und auf der Tribüne äußert. So ist nicht unmöglich, daß die Zukunft in dem innern Leben Preußens noch manchen Gegensatz zwischen dem Willen der Krone und dem Wunsch der Völker zu Tage bringt, es ist zweifelhaft, ob das gegenwärtige Ministerium gegenüber dem Regenten und den Kammern den neuen Ausbau des Staates ohne Unterbrechung fortführt, es ist möglich, daß heftige parlamentarische Kämpfe, starke Conflicte der Ueberzeugungen nöthig sind, um neue Charaktere, energische Reformen durchzuführen, es ist möglich, daß bei diesen innern Kämpfen auch vorübergehend ein „conservatives“ Ministerium den Versuch macht, sich zu behaupten. Sicher aber ist, daß über alle diese Schwierigkeiten eine gesetzmäßige Fortbildung Preußens in liberalem Sinne durchgesetzt wird. Die Zukunft gehört unsern Freunden.

Sieht man aber genau zu, so ist es nicht das liberale Princip, welches zu Baden den Königen, wie man sagt, Besorgnisse eingeflößt hat, sondern etwas Anderes, Unvermeidliches und wahrscheinlich Unwiderstehliches. Auch ein preussisches Ministerium, welches in allen innern Fragen durchaus conservativ ist, wird fortan dem Lauf der Dinge nach sich keiner bessern Schuld bei den Regierungen der Mittelstaaten zu erfreuen haben. Das Ministerium Manteuffel war sehr gefügig, aber stand es denn wesentlich besser zu den übrigen Souveränitäten Deutschlands? Es erschien weniger gefährlich, weil es arm an Kraft und Selbstgefühl war; wo es einmal zu handeln versuchte, fand es denselben abgeneigten Willen. Stammen denn die Minorität Preußens beim Bunde, die Würzburger und Bamberger Coalitionsversuche aus den Tagen des gegenwärtigen Ministeriums? Es ist lächerlich, uns das einreden zu wollen. Denn es ist klar, daß jedes preussische Ministerium, so oft es einen preussischen Willen äußert, in dieselben Conflicte mit den Mittelstaaten kommen muß, Graf Arnim und vollends Herr v. Bismark wären genau so unbequem, als Herr von Auerswald und Herr v. Schleinitz. Und wir meinen, daß auch im wohlverstandenen Interesse der kleineren Souveräne dasjenige Regierungssystem Preußens am willkommensten sein muß, welches am nachdrücklichsten und großartigsten die Führerschaft in Deutschland beansprucht.

Wir hoffen, daß deutsche Patrioten mit Freude die Stellung betrachten werden, welche der Prinz dem preussischen Staat gegenüber dem Ausland angewiesen hat. Der Herrscher Preußens ist Schutzherr des deutschen Bodens, auch des kleinsten Territoriums gegen jeden Angriff eines auswärtigen Gegners. Das ganze Deutschland gehört zu ihm, und seine Herrscherpflichten reichen bis über die Flur des äußersten Grenzdorfes. Welche Rechte aus der mannhaften Ausübung solcher Pflicht mit innerer Nothwendigkeit folgen, darüber wird auch die deutsche Nation zu entscheiden haben. Und es ist wenig zweifelhaft, wie dieser Entscheid ausfallen wird, sobald erst Preußen seine Kraft, solche Ehrenpflicht zu erfüllen, tapfer und hochsinnig erweist.

Wir vernehmen, daß ein Bündniß Preußens mit Frankreich und Rußland, das Project der Mainlinie, selbst die Aufopferung des linken Rheinufers hier und da von warmen Preußen ohne Mißfallen angehört wurde; ein Unternehmender mag wol davon geträumt haben, die Rheinpfälzer etwa so aus dem deutschen Bunde zu entlassen, wie Victor Emanuel nach dem Gerücht die letzte Deputation der Savoyarden entließ, die ihn bat, sie nicht an Frankreich auszuliefern. Der König hob nach kal-

tem Empfange beim Abschiede die Hand gegen sie auf und rief drohend: „Ihr Racker, auf dem Mont Genis sehe ich euch wieder, den Kopf meines Pferdes gegen Norden.“ Solche Politik ist vielleicht in dem Vaterland der Sforza und Machiavell möglich, sie ist es nicht in Deutschland. Wir mögen solch kühnes Spiel mit Theilnahme betrachten, aber wir sollen nicht vergessen, daß es ein Spiel ist mit dem Glück, ein abenteuerliches, gewagtes Spiel, und ein herbes Unrecht gegen das geopfert Volk. Wir sind keine Italiener, und Preußen hat jede Ursache maßvoller und stolzer zu empfinden, als Piemont. Denn was nährt dem Deutschen die Sehnsucht nach größerer politischer Concentration seines Vaterlandes? Ist es der brutale Despotismus elender Regierungen, welche den Wohlstand ihrer Völker niederhalten, durch wilde Polizeiwillkür Freiheit und Leben der Individuen unerträglich bedrohen? Ist es ein schlaffes, kopfloses Misregiment voll abgestandener Traditionen? Sind es fremde, durch das Ausland aufgedrungene Dynastien, welche dem Volke unheimlich gegenüberstehn? Im Gegentheil. Fast überall angestammte uralte Fürstenhäuser, sie haben ihre Territorien durch Jahrhunderte regiert, schlecht und recht, wie grade der Geist der Zeit war, hier einmal ein Querkopf, ein schlechter Mann, eine elende Wirthschaft, ein andermal wieder ein guter Landesvater, ein wohlwollendes Herz, ein sorgfältiges Regiment, das sich nach allen Seiten um das Wohl des Landes bemühte. So weit durch die Zeit, durch gemeinsame Leiden und Freuden ein Volk mit seinem Fürstenhause verwachsen kann, sind die Deutschen mit ihren Territorialherren verbunden. Sie haben ihnen manches zu danken, und haben manches für sie gethan; die Opfer, die sie ihnen gebracht, sind so gut ein Band geworden, wie die Gutthaten, die sie empfangen. Wenn also die Deutschen mit ihrer gegenwärtigen politischen Lage nicht zufrieden sind, so liegt das doch im Ganzen nicht darin, daß ihre Regierungen die gewöhnlichen Anforderungen, welche der Einzelne an seinen Staat macht, schlecht befriedigen, sondern darin, daß ihre Regierungen beim besten Willen außer Stande sind einige hohe politische Anforderungen zu befriedigen. Sie vermögen ihnen nicht die relativ größte Sicherheit gegen auswärtige Feinde zu geben, sie vermögen der erwerbenden Kraft des Einzelnen, welche sich in die Weite dehnt, nicht dies relativ weiteste Gebiet zu gedeihlicher Thätigkeit zu öffnen, sie vermögen endlich nicht das edelste Selbstgefühl, den Quell der männlichsten Sittlichkeit, zu fördern, das Gefühl, Bürger eines mächtigen Staates zu sein, ein Herr der Erde, geehrt und gefürchtet von Fremden, Theil eines großen, lebendigen Ganzen. Es ist von Haus aus gar nicht ihre Schuld, daß sie das nicht vermögen. Und das Begehren des deutschen Volkes geht nicht gegen sie, sondern über sie hinaus.

Wie sich der Regent von Preußen zu dieser Sehnsucht der deutschen Nation stellt, soll Gegenstand der nächsten Betrachtung sein. ♀